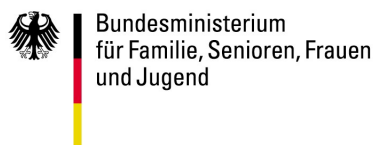


**Situations- und Ressourcenanalyse
für den kommunalen Aktionsplan der Stadt Freiburg
gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und
Rechtsextremismus**

Prof. Dr. Albert Scherr / Daniela Hunold / Debora Niermann / Nicole Müller

Dezember 2010



Die Entwicklungsphase des lokalen Aktionsplans wird im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht.....	2
1 Vorgehensweise und Ausgangsannahmen der Expertise.....	4
2 Lokale Aktionspläne im Kontext kommunaler Integrationspolitik.....	6
3 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ – auch in Freiburg?.....	9
4 Daten zur Benachteiligung und Diskriminierung von Migranten und Minderheiten in Freiburg.....	11
5 Diskriminierung in Freiburg: Ergebnisse der Befragung von ExpertInnen und Betroffenen.....	13
5.1 Diskriminierungserfahrungen in Freiburg.....	13
5.2 Vertiefung ausgewählter Aspekte.....	19
5.2.1 Stereotype und Vorurteile bei pädagogischen Fachkräften	19
5.2.2 Ethnisch artikulierte Konflikte unter Jugendlichen.....	21
5.2.3 ArbeitgeberInnen – Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt.....	22
5.2.4 VermieterInnen - Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt	23
5.2.5 Polizei – Diskriminierungen bei polizeilichen Kontrollen	23
5.2.6 Rechtsextremismus	24
6 Zentrale Herausforderungen für den lokalen Aktionsplan.....	25
7 Handlungsperspektiven.....	26
8 Literatur.....	29

Im Folgenden werden Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die zur Vorbereitung des Kommunalen Aktionsplans der Stadt Freiburg, mit dem demokratische Strukturen vor Ort gestärkt werden sollen, durch das Büro für Migration und Integration in Auftrag gegeben wurde. Ziel des vorliegenden Berichts ist es, Handlungserfordernisse und Diskussionsbedarfe aufzuzeigen, die u.E. bei der Realisierung eines kommunalen Aktionsplans zu berücksichtigen sind. Zwar sind, wie im Folgenden deutlich wird, offenkundige Formen von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus in der Stadt Freiburg im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Städten nicht

überdurchschnittlich stark ausgeprägt, sondern eher weniger auffällig. Das heißt aber keineswegs, dass diesbezügliche Problemlagen in Freiburg nicht vorhanden wären, sondern nur, dass ihre Ausprägungen in der Regel unterhalb der Schwelle der öffentlichen Wahrnehmung angesiedelt sind. Zugleich lässt sich feststellen, dass auch gezielte institutionelle Aktivitäten, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus richten, in Freiburg nur in geringem Ausmaß vorzufinden sind.¹ Folglich zielt die vorliegende Expertise vor allem darauf, Handlungsbedarfe aufzuzeigen, die sich als eher unauffällige, aber keineswegs folgenlose Formen der alltäglichen Diskriminierung von Migranten und Minderheiten in Freiburg beziehen, sowie Ansatzpunkte für präventive Strategien aufzuzeigen.

Einschub 1: Auszüge aus Interviews mit Freiburger Jugendlichen

(1)

C: „Ich find´s scheisse von den Menschen, nur weil man Ausländer ist, weil man schwarze Haare hat, schwarze Augen, bisschen bräunlicher ist, ich hab genauso deutschen Pass, bin genauso hier geboren, hab die gleichen Freiheiten und Rechte, so wie die anderen. Aber nur weil man eine andere Sprache spricht, von einem anderen Land kommt, heißt es sofort: ›Ausländer? Ne, mit denen kann man nix machen‹ und so.“[...]

C: „Ja hier sind viele ausländerfeindlich. [...] Ja wenn jetzt zum Beispiel eine mit Kopftuch, dann starren die dich so an und sagen ›Scheiss Ausländer‹, nur weil man ein Kopftuch anhat.“

(2)

D: „Zum Beispiel bei mir in der Klasse ist ein Problem: Die machen sich immer lustig über die Türken. Die machen immer Witze und dann sagen sie am Schluss immer: Das ist nur Spaß. Aber ich versteh das irgendwie nicht als Spaß, [...] Ich hab viele in meiner Klasse, die haben was gegen Ausländer. Viele. Fast alle.“

(3)

B: „Wenn wir jetzt draußen, drei, vier Leute rumlaufen und Polizei sieht uns, die halten an und durchsuchen uns, einfach so.“

I: Und was sagen die euch, warum die das machen?

F: Nichts.

A: Nichts.

B: Nichts. Verdacht.“

C: Schwarze Haare, schwarze Augen.

A: „Das ist auch bei Türstehern vor Discos so. Die meisten Ausländer die kommen echt nicht rein. Die denken: Weil sie immer Stress machen. Das ist echt so. Ich hab´s auch schon öfters versucht, in bestimmten Discos reinzukommen, aber keine Chance.“

Ermöglicht wurde die vorliegende Expertise durch die Bereitschaft von Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen, sich für ein Interview zur Verfügung zu stellen.² Da die Verfasser entschieden haben, die Namen der Befragten nicht zu veröffentlichen, kann

¹In Deutschland beteiligen sich z.B. mehrere hundert Schulen am Programm Schule ohne Rassismus, davon 64 in Baden-Württemberg (www.schule-ohne-rassismus.org); in Freiburg ist keine Schule Teil dieses Programms.

²Nicht zu einem Interview bereit war nur eine Initiative aus dem Bereich der Migrationsarbeit, die ihre Interviewverweigerung mit einem prinzipiellen Misstrauen gegenüber den kommunalen Institutionen begründete.

diesen hier nur in anonymer Form gedankt werden. Zu danken ist auch Herrn Steiner vom Büro für Migration und Integration für die Unterstützung unserer Recherche.

1 Vorgehensweise und Ausgangsannahmen der Expertise

Der vorliegende Bericht hat Ergebnisse einer empirischen Recherche in der Stadt Freiburg sowie Analysen der einschlägigen wissenschaftlichen Fachdiskussion zur Grundlage. Die Recherche wurde in Form von Gruppen- und Experteninterviews durchgeführt. Befragt wurden VertreterInnen kommunaler Institutionen, zivilgesellschaftlicher Initiativen und Migrantenselbstorganisationen, SchulleiterInnen und LehrerInnen, die in unterschiedlichen Schulformen und Stadtteilen tätig sind, SozialarbeiterInnen in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und ErzieherInnen. Darüber hinaus wurden Gruppeninterviews mit Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durchgeführt. Mit diesem Vorgehen sollte gewährleistet werden, dass ein möglichst breites Spektrum von ExpertInnen und Betroffenen einbezogen wird.³ Darüber hinaus wurden Daten der kommunalen Statistik berücksichtigt. Eine anfänglich geplante umfassende quantitativ-empirische Befragung (mittels einer Fragebogenerhebung) zur Problemwahrnehmung und zum Umgang mit Problemlagen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Jugendzentren, konnte aufgrund der gegebenen zeitlichen Rahmenbedingungen nicht realisiert werden.

Ziel der empirischen Erhebung war es, in Hinblick auf die Zielsetzung des lokalen Aktionsplans relevante Fakten, Erfahrungen und Einschätzungen von Institutionen, Initiativen und Betroffenen zu erheben und zu dokumentieren, um damit eine empirische Grundlage für den kommunalen Aktionsplan bereit zu stellen. Obwohl sich diesbezüglich für zentrale Aspekte Übereinstimmungen abzeichnen, werden auch unterschiedliche Sichtweisen deutlich. Im vorliegenden Bericht wird nicht der Versuch unternommen, diese im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Objektivität hin zu beurteilen; vielmehr geht es darum, sie als relevante Sichtweisen aus der Erfahrungswelt von ExpertInnen und Institutionen zu dokumentieren, um dadurch eine Grundlage für Verständigungs- und Klärungsprozesse im Rahmen des kommunalen Aktionsplans bereitzustellen.

In Übereinstimmung mit der einschlägigen fachwissenschaftlichen Diskussion, in die zahlreiche repräsentative Erhebungen und qualitative Studien eingegangen sind (s. etwa Decker u.a. 2010; Fritz Bauer Institut 2006; Gesemann/Roth 2009; Lynen von

³ Es sollte also keine relevante Akteursgruppe aus der Befragung ausgeschlossen werden; sollte dies gleichwohl geschehen sein, war dies jedenfalls nicht beabsichtigt.

Berg/Palloks/Steil 2007; Molthagen/Korgel 2009; Hormel/Scherr 2005 und 2010; Roth 2010), wird hier von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Ausgangspunkt für die Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien war die Herausbildung eines manifesten Rechtsextremismus Anfang der 1990er Jahre, der zunächst v.a. als offene Aggression gegen Flüchtlinge, als Zunahme rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie durch das Wiedererstarken und die Wahlerfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien sichtbar wurde. In der darauf bezogenen Debatte über Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten standen zunächst auf Jugendgewalt bezogene pädagogische Programme im Zentrum. Seit dem Ende der 1990er Jahre hat sich demgegenüber die Perspektive durchgesetzt, dass jugendpädagogische Konzepte, die von der Jugendarbeit und von Schulen getragen werden, zwar notwendig, aber nicht hinreichend sind. Angemessene Gegenstrategien müssen darüber hinaus eine Aktivierung der Zivilgesellschaft und öffentlicher Institutionen umfassen, die sich nicht auf pädagogische, politische und strafrechtliche Maßnahmen gegen einen manifesten Rechtsextremismus beschränken.
- Hintergrund dessen ist die durch zahlreiche Studien bestätigte Annahme, dass Entstehung und Entwicklung des manifesten Rechtsextremismus in einem engen Zusammenhang stehen mit Formen der Diskriminierung von Migranten und Minderheiten sowie mit diskriminierenden Meinungen und Einstellungen, die auch in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ verankert sind. Zwar ist ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild „nur“ bei ca. 10% der Bevölkerung vorzufinden, aber ausländerfeindliche Einstellungen sind erheblich weiter verbreitet und lassen sich bei über 20% nachweisen (s. Decker u.a 2010: 89ff.). So stimmen ca. 70% der bundesdeutschen Bevölkerung der Forderung nach einer stärkeren Anpassung von Migranten „an deutsche Sitten und Gewohnheiten“ zu, über 70% nehmen eine ablehnende Haltung zu einem Zuzug von Türken in ihre Nachbarschaft ein, ca. 40% bejahen die Einschätzung, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet sei“ (s. Allbus 2008). Aktuelle Daten zu Vorurteilen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland sind nicht verfügbar; es gibt jedoch gute Gründe für die Annahme, dass diese nach wie vor weit verbreitet sind (s. Koch 2010). Neuere Studien weisen zudem auf einen deutlichen Anstieg von Islamfeindlichkeit hin (s. Heitmeyer u.a. 2010). Der offenkundige Rechtsextremismus stellt insofern, metaphorisch gesprochen, die „Spitze des Eisbergs“ dar, dessen gesellschaftliche Basis die Benachteiligung und Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten sowie die weite Verbreitung von Vorurteilen, Ängsten und Feindbildern bildet. Diese Basis ist einerseits deshalb problematisch, weil sie einen Resonanzboden für den manifesten Rechtsextremismus bildet; so lässt sich etwa nachweisen, dass rechtsextreme Jugendszenen in der Regel in sozialen Kontexten entstehen, in denen nationalistische, fremdenfeindliche und rassistische Mentalitäten auch unter „ganz normalen Erwachsenen“ verbreitet sind. Andererseits sind Vorurteile und Diskriminierungsbereitschaft auch dann folgenreich, wenn sie nicht zur Herausbildung von rechtsextremen Cliquen und Kameradschaften oder zu Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien führen. Denn auch eher unauffällige Formen der alltäglichen Diskriminierung von Migranten und Minderheiten sind für die

Betroffenen in hohem Maß problematisch: Sie führen zu Benachteiligungen im Bildungssystem, bei der Lehrstellensuche, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche usw. sowie zu der Wahrnehmung, nicht wirklich als vollwertiges Gesellschaftsmitglied anerkannt zu sein. *Folglich sind nicht nur reaktive Konzepte in Bezug auf manifesten Rechtsextremismus erforderlich, sondern auch präventiv angelegte Strategien, die auf die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zielen und darauf ausgerichtet sind, umfassend und aktiv zur Entwicklung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft beizutragen.*

- Für eine an diesem Ziel ausgerichtete kommunale Strategie ist nicht hinreichend, auf spezialisierte Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention, punktuelle Aktionen und symbolpolitische Inszenierungen zu setzen. Erforderlich ist vielmehr a) die auf Dauer angelegte Verankerung einer pädagogischen Praxis in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Jugendzentren und Jugendverbänden, die auf die Sensibilisierung für und die aktive Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Feindbildern sowie mit Formen der Diskriminierung ausgerichtet ist (s. Hormel/Scherr 2005). In der Fachdiskussion wird weiter b) auf die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung von Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie die Verankerung einer Anti-Diskriminierungs-Strategie in allen relevanten Institutionen hingewiesen (s. Gesemann/Roth 2009). Lorenz Korgel (2009: 251) benennt als weitere relevante Elemente kommunaler Strategien c) ein „konfliktfähiges zivilgesellschaftliches Bündnis“, eine „ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Verwaltungen“, „Sensibilität in den Verwaltungen und in der Bevölkerung für die Schwierigkeiten potenzieller Opfergruppen“, „Leitbilder und Aktionspläne für Demokratie und Partizipation“.

Dabei kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass „normale“ LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, PolizistInnen usw. ohnehin selbstverständlich vorurteilsfrei sowie dafür qualifiziert sind, sich professionell mit institutionellen Praktiken der Diskriminierung sowie manifesten Ausdrucksformen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus auseinander zu setzen. Ein kommunaler Aktionsplan sollte deshalb auch Angebote umfassen, die auf Sensibilisierung und Qualifizierung der Fachkräfte in den genannten Institutionen ausgerichtet sind.

2 Lokale Aktionspläne im Kontext kommunaler Integrationspolitik

Die durch das Bundesprogramm ‚Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘ geförderten lokalen Aktionspläne (s. BMFSFJ 2010) zielen auf eine präventive und breit angelegte Entwicklung

von Strategien, die zur „Stärkung der Zivilgesellschaft“ und zur „Vermittlung von Werten wie Toleranz und Demokratie“ beitragen. Dabei werden vor allem Kinder und Jugendliche als Zielgruppe in den Blick genommen, aber auch Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen als „unmittelbar mit der Erziehung der Kinder und Jugendlichen Befasste“ sowie MultiplikatorInnen und „lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen“. Angestrebt ist damit einerseits eine Unterstützung und Vernetzung lokaler Gruppierungen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen, andererseits der Auf- und Ausbau einer vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung, die darauf ausgerichtet ist, gegen Vorurteile und Feindbilder präventiv wirksam zu werden. Ein diesbezüglicher Bedarf ist zweifellos auch in Freiburg gegeben.⁴

Einschub 2: Auszüge aus einem Interview mit dem Schulleiter eines Freiburger Gymnasiums

„Wenn in einer Klasse dann also ein Kurde und ein Türke sitzen, da kann das dann schon bisweilen mal kritisch werden. Aber in einem anderen Niveau als ich das von Hauptschulleitungen höre“.

„Ich habe immer gesagt, ich erlebe keine Diskriminierung an der eigenen Schule, die Schüler sagen mir aber was anderes. Die Migranten sagen mir, es gibt selbst in netten Klassen, gibt es immer wieder so kleine verbale Hinweise, dass man doch anders sei“.

„Wir haben nach unserer Wahrnehmung nicht wirklich Schüler mit rechtsradikalem Gedankengut, wobei man das natürlich nur eingeschränkt wahrnehmen kann. Aber natürlich Schüler, das ist ja ganz klar, in der Pubertät, die offen sind für alle Richtungen.“

„Aus meiner Perspektive müssen wir um Fremdenfeindlichkeit und auch um potenziellen latenten Rechtsradikalismus den Boden zu entziehen, müssen wir dafür sorgen, dass die Jugendlichen alle, egal wo die gerade stecken eingebunden werden, in zukunftsorientierte Netzwerke. Die müssen Chancen haben, also an der Hauptschule bekommen 15% der Absolventen einen Ausbildungsplatz. Das kann ja nicht sein. Das ist dann der Nährboden für Radikalität, welcher Art auch immer.“

Die damit vorgegebenen Ziele stehen in einem engen Zusammenhang mit den Aufgabenstellungen und Zielsetzung kommunaler Integrationspolitik.⁵ Denn das Gelingen bzw. Misslingen der sozialen Integration von Migranten und Minderheiten, d.h. nicht zuletzt

⁴ In der Fachdiskussion wird wiederkehrend darauf hingewiesen, dass gängige schulische Konzepte, so insbesondere die Annahme, dass eine Thematisierung von Nationalsozialismus und Holocaust im Geschichts-, Religionsunterricht zu einer „Immunsierung“ gegen Rassismus und Antisemitismus führen, nicht tragfähig sind; s. dazu u.a. Meseth/Proske/Radkte 2004; Scherr/Schäuble 2007; Wagensommer 2010.

⁵ Wie die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2006: 1) festgestellt hat, werden es „auch in Zukunft die Kommunen sein, die einen Großteil der Integrationsleistungen erbringen müssen“, und in denen „Integrationserfolge, aber auch Misserfolge, unmittelbar sichtbar“ werden.

die Überwindung von Benachteiligungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sowie von sozialräumlicher Segregation in Wohngebieten einerseits, die Erfolgsaussichten einer lokalen Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus andererseits, bedingen sich wechselseitig:

- Erwiesenermaßen sind Vorurteile und diskriminierende Praktiken ein Integrationshindernis und eine Ursache der Benachteiligung und Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten. So hat die Stadtforschung gezeigt, dass die Entstehung segregierter Wohngebiete auch ein Effekt davon ist, dass Vorurteile gegen Migranten und Minderheiten zur einer Abwanderung derjenigen führen, die entsprechende Nachbarschaften aufgrund eigener Vorurteile vermeiden wollen, also keineswegs allein auf das Zuwanderungsverhalten einkommensschwacher Gruppen bzw. von Einwanderergruppen zurückzuführen sind (s. Häußermann 2008).
- Zugleich ist festzustellen – und dies stellt einen für das Verständnis der Situation in Freiburg zentral bedeutsamen Gesichtspunkt dar: Stereotype, Vorurteile, Ängste und Feindbilder richten sich vielfach gegen diejenigen Teilgruppen der Migrationsbevölkerung und gegen diejenigen Minderheiten, die zugleich von sozialer Benachteiligung (Armut, Arbeitslosigkeit, geringes Bildungsniveau) betroffen sind. Dabei wird eine soziale Logik von Diskriminierungen wirksam, die wie folgt zusammengefasst werden kann: Die Auswirkungen sozialer Benachteiligungen werden als Eigenschaften derjenigen missverstanden, die von Benachteiligungen betroffen sind. Und in der Folge entstehen die auch in Freiburg gängigen Stereotype über Teilgruppen, denen unterstellt wird, dass sie nicht willens und/oder nicht in der Lage sind, sich gesellschaftlich zu integrieren. Fremdenfeindlichkeit besteht folglich in einer oft diffusen Vermischung von Sozialstereotypen mit tradierten Vorurteilen sowie ethnischen oder religionsbezogenen Zuschreibungen. Diese Wechselwirkungen lassen sich auch in den von uns geführten Interviews in unterschiedlichen Ausprägungen finden (s.u.).

In Hinblick auf die Überlagerung von Vorurteilen mit den Auswirkungen sozialer Benachteiligung und sozialräumlicher Segregation ist es u.E. nicht hinreichend, im Rahmen eines lokalen Aktionsplans auf Bildungsprogramme oder mediale Aktionen zu setzen, in denen offenkundige fremdenfeindliche Vorurteile thematisiert werden. Erforderlich ist vielmehr auch, die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung als Element einer kommunalen Integrationspolitik zu begreifen, die sich umfassend an dem Ziel orientiert, zur Überwindung von sozialer Benachteiligung und sozialräumlicher Segregation von Migranten und Minderheiten beizutragen.⁶

⁶Auch im kürzlich publizierten 2. Bildungsbericht der Stadt Freiburg wird auf den Zusammenhang von sozialräumlicher Segregation und Bildungsbenachteiligung hingewiesen.

3 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ – auch in Freiburg?

Zum Ausmaß und der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland wurden seit Beginn der 1990er Jahre wiederkehrend repräsentative Erhebungen durchgeführt (s. zuletzt: Decker u.a. 2010; Heitmeyer u.a. 2010). Diese lassen aufgrund der erheblichen regionalen Unterschiede in der Ausprägung der Problematik zweifellos keinen direkten Rückschluss auf die Situation in Freiburg zu; gleichwohl sind Folgerungen aus den verfügbaren deutschlandweiten Repräsentativdaten auf die Freiburger nicht völlig spekulativ.⁷

Die einschlägige Forschung hat aufgezeigt, dass die Verbreitung fremdenfeindlicher, antisemitischer und rechtsextremer Einstellungen mit dem formalen Bildungsniveau, dem Anteil akademischer Berufe am Arbeitsmarkt sowie mit politischen Verortungen im Rechts-Links-Spektrum zusammenhängt. D.h.: Fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen sind „in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersstufen, unabhängig vom Erwerbsstatus und Bildungsgrad, und bei beiden Geschlechtern in hohem Maße zu finden“ (Decker u.a. 2010: 89). Aber dies ist in einem deutlich höheren Ausmaß bei geringer Gebildeten sowie bei Älteren der Fall, bei einfachen Arbeitern und Facharbeitern stärker als bei Angehörigen akademischer Berufe. Insofern ist aufgrund der Arbeitsmarkt- und Sozialstruktur der Stadt Freiburg plausibel anzunehmen, dass entsprechende Einstellungen in Freiburg weniger stark ausgeprägt sind als im bundesdeutschen Durchschnitt. Weiter kann davon ausgegangen werden, dass die Hemmschwelle für ihre öffentliche Artikulation in einer Stadt wie Freiburg relativ hoch ist, da rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen in der lokalen politischen Öffentlichkeit keine Verankerung haben. Das heißt aber keineswegs, und dies wird in den Ergebnissen unserer Befragung von Betroffenen und Experten durchaus deutlich, dass fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen nicht vorhanden wären.

Einschub 3: Auszüge aus Interviews mit Freiburger/innen mit Migrationshintergrund

„Es gibt immer mal wieder Probleme, die Muslime betreffen, die aufgrund ihres Glaubens ein Problem haben. Was im Vergleich zu dem, was man aus anderen Städten so hört (...) recht groß ist. Was aber, sag ich mal, oft nicht betitelt wird in Zeitungen oder so, sondern mehr unter den Teppich gekehrt wird.“

⁷Eine repräsentativ-empirische Studie, die es erlauben würde, die Frage fundiert zu beantworten, ob sich Freiburg hier von anderen deutschen Städten und Regionen unterscheidet, liegt nicht vor.

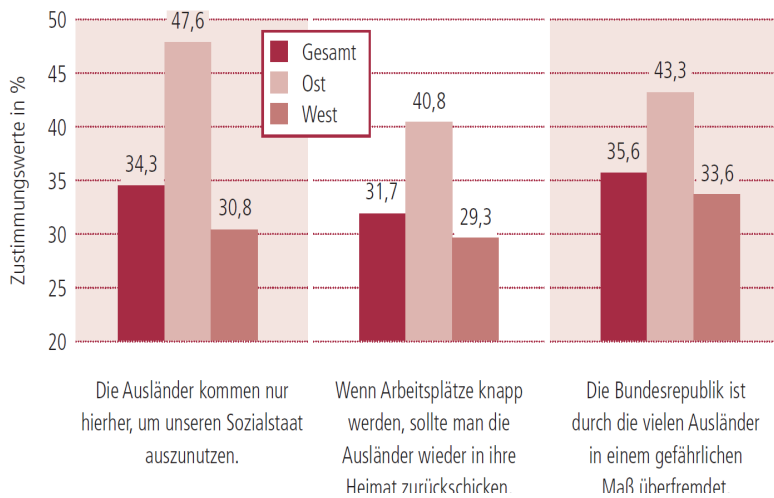
„Also es gibt diese Vorurteile und bei der Wohnungssuche habe ich das selbst erlebt, dass man mir die Wohnung nicht gegeben hat, weil ich anders aussah. Und das war nicht einmalig, das war schon ein paarmal. Jemand hatte mir vor meiner Ankunft ein Zimmer vermittelt, und eine Woche vor Semesterbeginn: Nein, sie geben mir das Zimmer nicht, denn die Vermieterin hat gesagt, sie habe nicht gewusst, dass ich Afrikaner bin und hat das dann annulliert. (...) Ich war das erste Mal in Freiburg. Man musste dann direkt am Telefon sagen: Der Student sucht ein Zimmer, aber er kommt aus Afrika. Sonst kam man hin und hat gehört: Das hätten Sie vorher sagen müssen, dass er Afrikaner ist. Dann war ich in der Studentenwohnungsvermittlung, da sind Karten wo die Wünsche des Vermieters aufgeschrieben werden, ob Hunde oder Kinder oder so erwünscht sind. Und da stand auch: Studenten aus EG –Ländern, Japan, USA und nicht aus Afrika. Bei einem stand auf der Karte: Japan usw., aber keine Neger, keine Türken.“

Nimmt man – im Sinne einer sehr optimistischen Schätzung – an, dass fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen in Freiburg um 50% geringer wären als im deutschen Durchschnitt, dann folgt daraus, dass gleichwohl mit einer durchaus erheblichen Verbreitung zu rechnen wäre; dies soll hier knapp mit einigen Daten verdeutlicht werden:

Zwar ist ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild „nur“ bei einer Minderheit vorzufinden, deren Größenordnung in vorliegenden Studien unterschiedlich eingeschätzt wird (10%-15% der Gesamtbevölkerung). Nationalistisch-chauvinistische Einstellungen sowie eine Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen Migranten bzw. Ausländer richtet, sind jedoch erheblich weiter verbreitet. So liegt etwa die Zustimmungsquote zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, in einer aktuelle Umfrage bei 34,3%, und zur Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ bei 35,6% (Decker u.a. 2010: 73f.). Dies ist auch bei knapp 20% der Befragten mit Hochschulabschluss der Fall (Allbus 2008). In der zuletzt 2006 durchgeführten umfangreichen Allbus-Umfrage zu ethnozentrischen Einstellungen stimmen darüber hinaus über 70% der Einschätzung zu, dass ihnen „ein Türke als Nachbar eher unangenehm“ wäre. Und die Forderung, „Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich deutschen Sitten und Gewohnheiten anzupassen“, wird von ca. 80% bejaht (Allbus 2008).

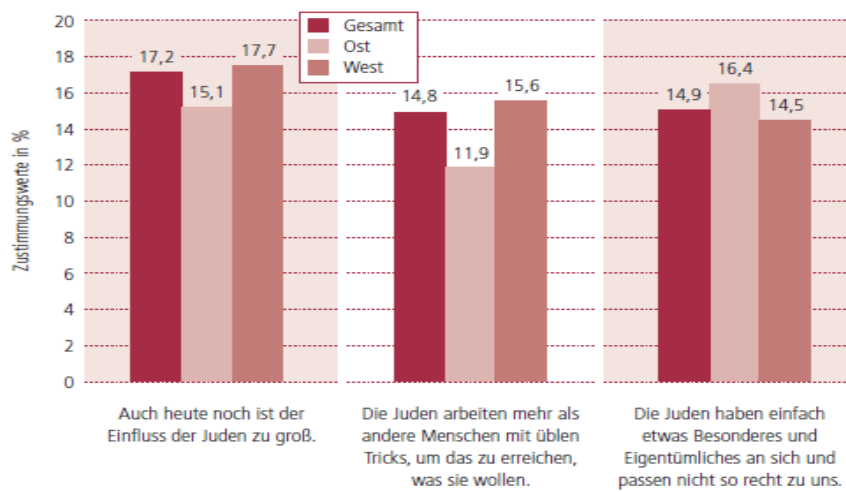
Zustimmung zu den Aussagen der Dimension
„Ausländerfeindlichkeit“ (in Prozent)

Grafik 3.1.3



Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Antisemitismus“
(in Prozent)

Grafik 3.1.4



(Quelle: Decker u.a. 2010: 78ff.)

4 Daten zur Benachteiligung und Diskriminierung von Migranten und Minderheiten in Freiburg

Die Einschätzung, dass Eingewanderte aus Nicht-EU Ländern und Spätaussiedler in den benachteiligten Wohngebieten Freiburgs überrepräsentiert und häufiger von Armut betroffenen sind, sowie dass Jugendliche mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger Hauptschulen besuchen als deutsche Jugendliche, aber seltener Gymnasien, gehört zum

lokalen Alltagswissen. Bekannt ist auch, dass die Situation der Sinti in Weingarten höchst problematisch ist wie auch die Situation der Roma in den Flüchtlingsunterkünften.

Vorliegende Daten der amtlichen Statistik ermöglichen es, diese Einschätzungen mit Zahlen zu belegen und etwas zu präzisieren. So wird dort etwa die stark ausgeprägte sozialräumliche Segregation in Freiburg daran sichtbar, dass der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund (insgesamt 2009: 30,3%) in Weingarten bei 54,2% liegt, in Brühl-Industriegebiet bei 48,7%, in Ebnet, Kappel, Littenweiler, Herdern-Süd, Mittel- und Oberwiehre aber jeweils bei nur ca. 20%. Darüber hinaus sind weitere Faktoren auszumachen, welche auf soziale Benachteiligung hinweisen. So wird z.B. sichtbar, dass die Arbeitslosenquote in denjenigen Stadtteilen höher ist, in denen auch der Anteil Eingewanderter hoch ist. Auch weisen die vorliegenden statistischen Daten darauf hin, dass die Wohngebiete mit hohem Migrationsanteil über eine relativ niedrige Versorgungsquote im frühkindlichen Bereich verfügen. Und schließlich besuchen nur 14% der deutschen, aber fast 50% der ausländischen Schüler eine Hauptschule (s. Bildungsbericht Freiburg 2008). Im 2. Freiburger Bildungsbericht wird festgestellt, dass die Übergangsquoten der Grundschulen eine „Spreizung zwischen 20% und 95%“ und „die Stadtteile mit hohem Migrantenanteil die niedrigsten Übertrittsquoten aufweisen (s. Bildung in Freiburg 2010; 8). Dort wird zwar aufgezeigt, dass sich diese Situation zwischenzeitlich etwas verbessert hat, aber nach wie vor sind erhebliche Benachteiligungen zu verzeichnen: „Die Hauptschule ist bei ausländischen Schülerinnen und Schülern im Gegensatz zu den deutschen Schülerinnen und Schülern immer noch die am meisten besuchte Schulart. Der Trend zum Gymnasium zeigt sich jedoch auch in dieser Gruppe, insbesondere von 2008 auf 2009 mit einer Steigerung von über 12%. Bei den Gymnasialübergängen liegen 2009 bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern die Übergänge auf das Gymnasium fast gleich auf mit den Übergängen auf die Hauptschule“ (ebd.: 74).

Differenzierte Daten und darauf aufbauende Analysen, die es ermöglichen würden, genauer zu beschreiben, welche Teilgruppen von welchen Benachteiligungen im lokalen Bildungssystem und auf dem lokalen Wohnungs- und Arbeitsmarkt betroffen sind, liegen gegenwärtig jedoch (noch) nicht vor.⁸ Es sind auch keine lokalen Studien verfügbar, in denen überprüfbar wäre, in welchem Umfang diese Benachteiligungen eine Folge der

⁸ Problematisch ist dies insbesondere in zweierlei Hinsicht: Erstens ist die statistische Kategorie Migrationshintergrund übergeneralisierend, da sie – in Hinblick auf das Herkunftsland, das Bildungsniveau, die berufliche Situation usw. – sehr heterogene Teilgruppen umfasst. Zweitens erfasst die Schulstatistik keine Angaben zum Migrationshintergrund, sondern nur zur Staatsangehörigkeit; die Bildungssituation eingebürgerter MigrantInnen kann damit nicht erfasst werden.

unterschiedlichen Schichtungsstruktur, also des Bildungs- und Einkommensniveaus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind und in welcher Hinsicht Benachteiligungen darüber hinaus auch durch diskriminierende Praktiken und Strukturen an Freiburger Schulen, durch Freiburger Arbeitgeber, Freiburger Vermieter usw. zu Stande kommen. Insofern besteht Anlass, einerseits die amtliche Statistik weiter zu entwickeln, aber auch Studien zu ermöglichen bzw. zu veranlassen, die den angesprochenen Fragestellungen genauer nachgehen.⁹

5 Diskriminierung in Freiburg: Ergebnisse der Befragung von ExpertInnen und Betroffenen

Diskriminierungen werden in der Stadt Freiburg in vielfältigen Bereichen von unterschiedlichen Personengruppen erlebt. So wird ‚FreiburgerInnen mit Migrationshintergrund‘, d.h. BürgerInnen der Stadt Freiburg, deren Aussehen dazu führt, dass sie als Eingewanderte bzw. Ausländer wahrgenommen werden, im alltäglichen Miteinander immer wieder signalisiert, dass sie nicht als normale Mitglieder der Stadtbevölkerung akzeptiert sind. Dies geschieht zum einen über offene verbale Diskriminierung, z. B. beim Einkauf im Supermarkt oder dem Benutzen der Straßenbahn. Weniger offensichtlich, jedoch für die Betroffenen ebenso folgenreich sind verdeckte Formen von Diskriminierung.

5.1 Diskriminierungserfahrungen in Freiburg

Aus Sicht der InterviewpartnerInnen lassen sich unterschiedliche Gruppen identifizieren, die in Freiburg in besonderer Weise von Diskriminierung und sozialer Benachteiligung betroffen sind.

Die befragten *jugendlichen und erwachsenen **Muslimen*** berichten, dass sie wiederkehrend mit antiislamischen Vorurteilen konfrontiert sind; insbesondere infolge einer Gleichsetzung des Islams mit aggressivem Islamismus, der das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben gefährdet. Die Verknüpfung von Islam mit islamistischen Tendenzen (z.B. Haltungen sowie Praktiken, die mit Terrorismus in Zusammenhang stehen) erlebt insbesondere das Islamische Zentrum in Freiburg als problematisch. So werden im Rahmen von Moscheeführungen häufig entsprechende Ängste geäußert. Die Gemeinde erlebt

⁹ Für einige der genannten Aspekte ist für das Jahr 2011 eine thematische Tiefenanalyse im Rahmen des LEIF-Programms geplant.

Schwierigkeiten bei der Anmietung von Räumen für Veranstaltungen; darüber hinaus werden die Vorsitzenden des Islamischen Zentrums nicht zu öffentlichen Diskussionen über den Islam eingeladen und sehen sich deshalb auch nicht als adäquate Gesprächspartner anerkannt. Auch Vertretern aus nicht-muslimischen Organisationen sind diese Ausgrenzungstendenzen gegenüber dem Islamischen Zentrum bekannt. Hingewiesen wird weiter darauf, dass ein für muslimische Studierende eingerichteter Gebetsraum an der Universität Freiburg ca. einmal monatlich mit islamfeindlichen Texten, Mohammed-Karikaturen oder etwa Bildern von Kindern mit Maschinengewehren mit der Überschrift „Das ist der Islam“ beschädigt wird. Zudem sind Muslime in manchen Stadtteilen mit Vorurteilen deutscher Bewohnern konfrontiert. Von Diskriminierungen in besonderer Weise betroffen sind nach Einschätzung der von uns Interviewten diejenigen muslimischen Familien, die sich erst wenige Jahre in Deutschland aufhalten und über einen relativ geringen Bildungsstand verfügen. Sie würden als „*Sozialschmarotzer*“ dargestellt, die *„dem Staat dann auf der Tasche liegen, das ist auch immer ein wichtiges Argument gerade von deutschen Sozialhilfeempfängern gegenüber muslimischen Großfamilien“* (Erzieherin Kindertagesstätte).

Die Situation von **muslimischen Mädchen und Frauen, die ein Kopftuch tragen**, stellt sich als hoch problematisch dar. Bereits im schulischen Rahmen erleben die jungen Mädchen ihre sichtbare religiöse Zugehörigkeit als eine von LehrerInnen und Mitschülern keineswegs selbstverständlich akzeptierte Tatsache und sehen sich der Erwartung ausgesetzt, dass es eigentlich normal wäre, das Kopftuch abzulegen. In den Interviews mit LehrerInnen und Schulleitungen wird zudem deutlich, dass eine interkulturelle Reflexivität und Dialogbereitschaft keineswegs an allen Freiburger Schulen gängige Praxis und institutionell verankert ist. So wird in einigen Interviews eine ablehnende Haltung gegenüber einer religiös begründeten Nicht-Teilnahme am Sport-/Schwimmunterricht oder an Tagesausflügen deutlich und der (nur teilweise gesuchte) Dialog mit den Eltern der Mädchen zu diesen Themen wird als kräftezehrend und auch als „unnötig“ beschrieben. Teilweise erhalten Mädchen für Ihre Nichtteilnahme am Schwimmunterricht schlechte Noten. Zudem werden – und diese Einschätzung wird von unterschiedlichen Interviewpartnern übereinstimmend formuliert – Kopftuch tragende junge Frauen beim Übergang von Schule in den Beruf stark diskriminiert: Sie haben nur sehr geringe Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Aus der Sicht der Betroffenen wird das Tragen des Kopftuchs als Hinweis auf fehlende Integrationsbereitschaft interpretiert: *„Wenn eine Frau kein Kopftuch trägt, gilt sie als integriert, wenn sie ein Kopftuch trägt, ist sie nicht integriert“*. Auch in Hinblick auf Muslima mit einem Studienabschluss wird berichtet, dass sie bei der Bewerbung um Arbeitsstellen z.T. mit offener Diskriminierung konfrontiert sind.

Einschub 4: Interviewauszüge zur Kopftuchfrage

(1)

„Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist eindeutig. Also es ist einfach so, dass die Mädchen hier sitzen und oft schon im Vorfeld frustriert sind darüber, weil sie es von Geschwistern oder Cousinen oder von Verwandten oder Bekannten wissen, dass wenn du ein Kopftuch aufhast, dann findest du keine Lehrstelle, nicht mal als Bäckereifachverkäuferin oder sowas“. (Mitarbeiter eines Freiburger Jugendzentrums)

(2)

C: „Aber was ich hier nicht verstehe: In Großstädten siehst du Filialleiterinnen mit Kopftuch und hier: Nein. Die Kunden mögen nicht, dass eine mit Kopftuch dich bedienen tut.“

A: „Frisör. In Frisörsalons ist es meistens so, dass Frauen, die eine Meisterprüfung abgeschlossen haben, die dann nach einer Arbeit suchen beim Frisör, dass man auch keine bekommt. Grundvoraussetzung: Zieh Kopftuch aus. Dann darfst du.“

C: „Oder im normalen Modegeschäft, 400€-Job – ich kenn viele, die haben ihr Kopftuch ausgezogen, weil sie arbeiten wollten. Die finden nix, die haben null Chancen. In Großstädten überall siehst du in jeden Laden eine mit Kopftuch.“ (Gruppeninterview mit Freiburger Jugendlichen)

Insgesamt besteht bei den Betroffenen ein hohes Bewusstsein dafür, dass Sie als Kopftuch tragende Mädchen und Frauen mit Ablehnung und Feindseligkeiten rechnen müssen.¹⁰ In Hinblick auf verschleierte Frauen wird zudem auf offene verbale Diskriminierung hingewiesen; berichtet wird von „*Beschimpfungen*“ und „*Bespucken*“ in der Straßenbahn, was von den Betroffenen auf mangelnde Akzeptanz gegenüber dem muslimischen Glauben zurückgeführt wird.

Bewohner benachteiligter Stadtteile wie Weingarten, Haslach und Landwasser erleben Diskriminierungen auch herkunftsunabhängig allein aufgrund ihres Wohnortes. Insbesondere Einrichtungen der Jugendhilfe berichten darüber, dass junge Menschen ihre Stadtteile vermehrt als „Ghetto“ wahrnehmen, was eine Folge davon ist, dass sie auf unterschiedlichen Ebenen benachteiligt werden. So werden die Stadtteile von Außenstehenden mit einem hohen Migrationsanteil, einer hohen Kriminalitätsrate sowie unterschiedlichsten sozialen Problematiken assoziiert. Deutlich wird dies u.a. im schulischen Kontext sowie bei der Arbeitsplatzsuche:

„Man traut sich nicht zu sagen: Wir wohnen im Breisacher Hof, weil sonst hat man eh schon verloren oder die Kinder werden dann entsprechend in eine Schublade gelegt, was man nicht unbedingt will“ (Sozialpädagogin Offene Jugendarbeit). Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen wie Weingarten bemühen sich gezielt darum, wohnortbezogene Stigmatisierung auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu umgehen, und geben bei

¹⁰Diese Problematik betrifft wiederkehrend auch Lehramtstudentinnen in Freiburg; diejenigen, die nicht bereit sind, das Kopftuch abzulegen, wandern nach dem Studium in Bundesländer ab, die das Kopftuchtragen akzeptieren.

Bewerbungsschreiben nicht die eigene Wohnadresse, sondern die von in anderen Stadtteilen lebenden Bekannten an. Seitens der InterviewpartnerInnen aus den benachteiligten Stadtteilen werden massive Befürchtungen bezüglich zunehmender städtischer Segregation geäußert. Hingewiesen wird zudem auf Vorurteile, die innerhalb der Stadtteile verbalisiert werden, etwa zwischen „Deutschen“ und „Türken“ sowie wiederkehrend auf Konflikte zwischen Jugendcliquen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen.

Von Stigmatisierung betroffen sind auch schulische und soziale Einrichtungen in den genannten Stadtteilen, die aufgrund ihres hohen Anteils an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund z.B. als „*Ausländerkindergarten*“ etikettiert werden. Exemplarisch wird dies aktuell im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Kindertagesstätte im Breisacher Hof deutlich. In Diskussionen wird darauf gedrängt, die KiTa besser in „*gesitteteren Stadtteilen oder gesitteteren Quartieren*“ zu bauen. „*Also da gibt es schon erhebliche Ängste: Hier ist eine hohe Kriminalität oder ein rüder Umgangston mit den Kindern und da möchte ich meine Familie, mein Kind eher nicht sehe.*“ (Sozialpädagogin Offene Jugendarbeit).

Dunkelhäutige Menschen, z.T. mit afrikanischem Migrationshintergrund, gehören ebenso wie Kopftuch tragende Muslime zu den in der Fachdiskussion so genannten sichtbaren Minderheiten, denen aufgrund äußerlicher Merkmale der Status eines normalen Mitglieds der Mehrheitsgesellschaft aberkannt werden. Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe, also rassistische Diskriminierung, erleben Migranten insbesondere auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Thematisiert werden im Rahmen der Interviews auch Diskriminierungserfahrungen aufgrund vermehrter polizeilicher Kontrollen.

Einschub 5: Auszug aus einem Interview mit dem Vertreter einer Migrantenorganisation

„Es gibt auch viele Situationen, in denen Afrikaner ohne irgendwelche Gründe kontrolliert werden von der Polizei, am Bahnhof. Wo man denkt: Was ist jetzt hier los? Es ist ihre Aufgabe, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, aber es gibt manchmal eine Grenze. Also das spürt, das merkt man auch manchmal. Natürlich werden sie nicht erklären, warum sie gerade kontrollieren und warum gerade diese Zielgruppe. Ich als Laie, der da gerade vorbeiläuft, ich bin da auch empfindlich: Warum nicht flächendeckend, warum gerade diese Zielgruppe?“

Auch in Hinblick auf **Sinti und Roma in Freiburg** wird von verbaler Diskriminierung, Benachteiligungen auf dem Arbeits- und Wohnmarkt sowie verschärften polizeilichen Kontrollen berichtet. So würden Sinti und Roma bei Bewerbungen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze schon aufgrund ihres Namens nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen.

Einschub 6: Auszug aus einem Interview mit einer Freiburger Roma

„In Freiburg leben viele Roma, ihre Herkunft geben sie teilweise nicht zu erkennen, indem sie sich als Albaner, Serben, Makedonier ausgeben, weil sie Angst haben von der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden.“

„Wenn jetzt eine Arbeitsstelle ausgeschrieben wird und da bewirbt sich jemand mit Migrationshintergrund oder ein Roma und der macht die Arbeit so wie man es ihm sagt und danach entsteht dann quasi so diese Ellenbogengesellschaft, so ‚was willst du hier, du hast hier nichts zu suchen, du nimmst mir meinen Arbeitsplatz weg‘.

„Ich denke, wir haben noch Glück, dass wir in Freiburg leben, in anderen Bundesländern wäre es schwieriger sich zu outen. (...) Diskriminierung gibt es natürlich auch in Freiburg, ganz klar, aber die ist nicht so stark, also die hält sich ziemlich zurück“.

In diesem Zusammenhang wurde in einem Experteninterview darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus nach wie vor in schulischen Kontexten nicht vorkommt und auch die Freiburger Erinnerungskultur diesbezüglich eine Blindstelle aufweist.

Einschub 7: Auszug aus einem Experteninterview

„Wenn man mit Erinnerungsarbeit befasst ist, dann merkt man, wie wenig die Sinti in unsere Erinnerungskultur eingebunden sind. Gibt es irgendwelche Straßen oder Gebäude, die nach Sinti benannt sind? Gibt es in Freiburg einen Erinnerungsstein zum Gedenken an die Deportation der Sinti und Roma? Gibt es auch bisher noch nicht. Welche Erinnerungspunkte gibt es in Freiburg? Keine. Die Sinti wollten das bisher auch nicht, aus dem Grund dass sie eben noch nicht gerne an die Öffentlichkeit gehen wollen. Aber da tut sich auch was und da kann man auch Misstrauen abbauen. Da muss man auch auffordern ... und sagen: Ihr müsst auch über euch reden und eure Geschichten auch erzählen.“

Zu den genannten Aspekten kommt im Fall der Mehrzahl der Freiburger **Roma** die prekäre Situation hinzu, die sich aus ihrem Aufenthaltsstatus (befristete Duldungen, drohende Abschiebungen, keine Arbeitserlaubnis, kein Zugang zu Ausbildungsstellen) sowie aus der Unterbringung in Flüchtlingswohnheimen ergibt.

Eine eigenständige Problematik, die von unterschiedlichen Seiten als zugespitzt charakterisiert wird, liegt im Fall der in Freiburg lebenden **Sinti** vor. In den von uns geführten Interviews wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine verfestigte Problematik handelt, die u.a. in einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern, hohen Fehlzeiten von Kindern und Jugendlichen in der Schule sowie misslingenden Kommunikationsversuchen zwischen Schule und Eltern sichtbar werde. Dabei ist es keineswegs einfach einzuschätzen, ob jeweilige Problembeschreibungen und -interpretationen objektiv und sachhaltig sind, oder aber selbst von Stereotypen und Vorurteilen geprägt sind. Außerdem finden sich Hinweise auf fragwürdige Formen einer institutionellen Problemverwaltung:

Einschub 8: Auszug aus einem Interview mit einer Lehrerin

„Gerade unsere Sintis sind ja viel auf Reisen. Das ist ja auch ganz offiziell genehmigt so. Das heißt die gehen, so ab Frühjahr sind viele weg, kommen dann September, Oktober wieder Retoure [...] das heißt, die Kinder – wenn sie jetzt zu den Lernschwachen gehören – haben da natürlich, schleppen mit jedem Jahr ihre Lücken, die größer werden, mit. Nur, wenn ich sie nach dem entsprechenden Leistungsstand in die betreffende Klasse tun würde, da würden ja manche über die Grundstufe nicht rauskommen. Deswegen werden die einfach mitgenommen, wenn es nicht zu gravierend ist.“

Unseres Erachtens erfordert die Situation der Freiburger Sinti – einschließlich der institutionellen Wahrnehmung und Bearbeitung dieser Situation – eine eigenständige Analyse, die hier nicht geleistet werden kann.

Im Hinblick auf die **antisemitische Diskriminierung** wird in einigen Interviews auf einschlägige Tendenzen, insbesondere unter Freiburger Familien bzw. Jugendlichen mit arabischem Migrationshintergrund, hingewiesen. Ein Mitarbeiter aus dem Bereich Jugendarbeit nimmt folgende Charakterisierung vor:

Einschub 9: Auszug aus einem Interview mit einem Jugendzentrumsmitarbeiter

„Vor zwei Jahren ist der Krieg zwischen Libanon und Israel nochmal richtig ausgebrochen, da gab es das ganz massiv, geprägt von den Erfahrungen, dass wir hier auch Kinder hatten, deren Mütter oder auch Tanten im Libanon waren und festgesessen haben, weil sie dort Verwandte besucht haben. Da entsteht das schon. Die Frage ist nur: Ist das Antisemitismus oder nicht. Es gibt Familien, die das sehr schüren, das würde ich dann wirklich als Antisemitismus bezeichnen, weil sie sprechen nicht von den Israelis, sie sprechen den Juden an, mit Äußerungen, wo es einem ganz schwindlig wird, z.B. ganz so schlecht war es ja nicht beim Hitler, dass er Juden vergast hat. Wenn die Kinder das in die Einrichtung bringen, dann wird das sofort besprochen. Es ist so, dass die Kinder relativ zugänglich sind und nicht so borniert wie die Eltern zum Teil.“

Über antisemitische Äußerungen an Schulen wird folgendes berichtet:

Einschub 10: Auszug aus einem Gruppeninterview mit Freiburger Jugendlichen

B: „Bei uns an der Schule ist zum Beispiel Jude ein Schimpfwort.“

I: „Und wer sagt das dann zu wem?“

B: „Die Schüler sagen das alle. Sogar in der Grundschule.“

I: „Und die sagen das dann zu Juden oder zu –“

B: „Ja, normal, zu jedem. Wenn man sagt: ›Du Jude‹, ist ein Schimpfwort.“

C: „Man sagt doch: Du Moslem. Wie schlimm“

B: „Ja, aber ›Du Jude‹, also wenn ich jetzt –“

C: „((lacht)) Ja, okay.“

(...)

B: „›Du Jude‹ ist ein Schimpfwort bei uns auf der Schule.“

I: „Und gibt es da auch Juden?“

B: „Nein, aber –“

I: Was wäre, wenn es dort Juden gäbe?

B: „Dann würden die ihn hänseln, mobben. Ist ja klar.“

I: „Warum?“

B: „Weil ›Du Jude‹ ein Schimpfwort ist. Dann ist ja klar, dass wenn ein Jude in die Schule kommt, dass sie ihn gleich mobben.“

[...]

I: „Kennt ihr irgendwelche Juden?“

C: „Juden? Nein.“

D: „Zum Beispiel letztens mal saß ich im Zug, das war am Sonntag, ich war bei meinem Onkel und wollte zurückfahren und da saßen auch [...] zwei Juden neben mir. Und dann waren halt so Jugendliche hintendran und haben halt immer gesagt: ›Ey ihr scheiss Juden und so. Verzieht euch in euer Land zurück‹ und so.“

In einer bundesweiten Studie, in deren Rahmen auch Freiburger GymnasiastInnen befragt wurden, zeigt sich, dass antisemitische Stereotype auch bei SchülerInnen vorzufinden sind, die zwar dezidiert nicht antisemitisch sein wollen, aber nicht befähigt wurden, verbreitete Vorurteile als solche zu erkennen (s. Scherr/Schäuble 2007).

Über Diskriminierungserfahrungen von Mitgliedern der Freiburger jüdischen Gemeinde kann hier keine Aussage getroffen werden, da geplante Interviews aus zeitlichen Gründen nicht zustande kamen. In einem Interview mit der Polizei wird formuliert: *„Es kommt immer mal wieder vor, dass die Synagoge mit Schmierereien versehen wird (...)“*. Dies bewege sich jedoch in einem überschaubaren Rahmen. Dahinter stehen den polizeilichen Ermittlungen zufolge keine rechtsextremen Tendenzen, sondern vielmehr Jugendliche mit Migrationshintergrund und dem Wunsch zu provozieren.

5.2 Vertiefung ausgewählter Aspekte

In den bisherigen Ausführungen wurde deutlich, dass Minderheiten in Freiburg von Diskriminierungen betroffen sind, denen die Verankerung von Stereotypen und Feindbildern in der Mehrheitsgesellschaft sowie institutionelle Praktiken zu Grunde liegen. Auf einige der dabei erwähnten Aspekte wird im Weiteren etwas näher eingegangen.

5.2.1 Stereotype und Vorurteile bei pädagogischen Fachkräften

In den von uns geführten Interviews wird deutlich, dass im Rahmen eines kommunalen Aktionsplans auch ein Bedarf an interkultureller und antirassistischer Sensibilisierung bei den pädagogischen Fachkräften in Rechnung zu stellen ist. Denn in den mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund geführten Gruppeninterviews finden sich Berichte über die offene Diskriminierung von LehrerInnen gegenüber SchülerInnen: *„Wo ich neu hier war, das war ich glaube ich in der fünften Klasse, so ein Mädchen hatte Kopftuch an und hat auf den Boden gespuckt. Dann hat sich die Lehrerin umgedreht und hat gesagt ‚immer die Ausländer, immer die Leute mit Kopftuch.‘“*

Zudem verweisen in den Interviews pädagogische Fachkräften selbst auf diskriminierende Äußerungen von KollegInnen. So beklagt ein Sozialpädagoge massive negative Zuschreibungen, die Lehrkräfte gegenüber Kindern aus benachteiligten Stadtteilen vornehmen. Darüber hinaus wird in den Interviews deutlich, dass LehrerInnen und SozialpädagogInnen erhebliche Schwierigkeiten haben, Problemwahrnehmungen differenziert und unter Vermeidung von Verallgemeinerungen, Stereotypen und Vorurteilen zu artikulieren.

So formuliert eine Lehrerin die Einschätzung, dass ein Teil der Migranten zwar motiviert sei, sich zu integrieren, *„[...] ein Großteil, hab ich den Eindruck, bemühen sich von sich aus sehr wenig darum. Ja? Sich wirklich hier zu integrieren. Aus welchen Gründen auch immer, ja, das ist denen ihre Entscheidung.“*

Eine Grundschullehrerin konstatiert, sie bemerke vor allem im Sozialverhalten der Kinder kulturelle Unterschiede, die sie dann wie folgt in der Form eines ethnischen Stereotyps darstellt:

„Diese Kinder haben zu viel Freiheiten, sie können einfach keine Regeln einhalten, sie sind ständig unruhig, es gibt Umtriebigkeit, Ängstlichkeit, eigentlich sind die vor allem völlig überbehütet, überverwöhnt, die Mütter sagen nie Nein, die Väter machen dann kaum etwas mit ihren Kindern, spielen zum Beispiel kein Fußball und so“.

Wiederkehrend wird von InterviewpartnerInnen die eigene Zugehörigkeit zur deutschen Mehrheitsgesellschaft im Sinne einer Abgrenzung betont, in deren Folge auch in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche mit familialem Migrationshintergrund generalisierend als Angehörige einer problematischen Minderheit in den Blick genommen werden. So etwa mit folgender Äußerung: *„Man könnte sagen, dass die ausländischen Mitbürger fremdenfeindlicher sind als wir Deutsche“.* Deutlich wird die Selbstpositionierung als Deutsche in Abgrenzung von Personen mit Migrationshintergrund auch, wenn eine andere Lehrerin folgendes Stereotyp formuliert und darauf bezogen fremdenfeindliche Einstellungen als durchaus nachvollziehbar legitimiert:

„Bei Roma-Kulturen da ist dieses Rotzfreche, dass die auch ältere Leute anmachen, dass man schon verstehen kann, dass da Aggressionen hoch kommen. Die sind in der Straßenbahn laut und schreien rum, können sehr schlecht mit Regeln umgehen, fallen in der Öffentlichkeit ständig auf. Das darf man nicht hinnehmen und als Deutscher keine Angst haben, als Nazi beschimpft zu werden. Denn immer wenn eine Reglementierung kommt, kommt die Antwort: ihr Nazis, ihr seid ja sintifeindlich. Damit will man Oberwasser behalten. Es müsste in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass diese Leute lernen müssen, sich in einem bestimmten Rahmen anzupassen“.

Eine weitere Lehrerin thematisiert im Interview die Problematik der analphabetischen Mütter, reflektiert jedoch nicht deren aus unterschiedlichen Gründen schwierigen Zugang zu Bildung, sondern interpretiert diese folgendermaßen:

„Man kommt da nicht mit. Also das ist irgendwie wie eine Verweigerung, diese Sprache zu lernen. So kommt´s mir vor. [...] Ich denk das ist doch eine völlige Abschottung, wenn ich in

„einem Land lebe, wo es diese Sprache gibt [...] Also ich weiß nicht, woran das liegt. Das find ich wirklich ein großes Problem.“

Im späteren Gesprächsverlauf kommt die Interviewte nochmals auf die Thematik zurück und führt dabei eine neue stereotype Erklärungsfolie ein - den patriarchalen, unterdrückenden Ehemann:

„Ich glaube, da geht's los, dass die Männer Angst haben. Ja? Was machen die da? Wird meine Frau selbstständig, wenn sie sprechen kann? Was für Ideen hat denn die eigentlich? Ja? Also, man kann sie natürlich viel besser unterm Daumen halten, sag ich jetzt mal, solange sie unselbstständig sind. Und mangelnde Sprache ist mangelnde Selbstständigkeit“.

Es soll hier keineswegs unterstellt werden, dass pädagogische Fachkräfte mehrheitlich auf der Grundlage solcher Stereotype argumentieren; angezeigt ist damit, dass die von ihnen im pädagogischen Alltag erlebten Schwierigkeiten aber dann, wenn darauf bezogene Fortbildungs- und Supervisionsangebote fehlen, zu diskriminierenden Zuschreibungen führen können.

5.2.2 Ethnisch artikulierte Konflikte unter Jugendlichen

Die interviewten pädagogischen Fachkräfte beschreiben national bzw. ethnisch artikulierte Konflikte zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, bzw. zwischen unterschiedlichen Teilgruppen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die meist im schulischen Kontext evident werden. Hingewiesen wird auch auf explizit rassistische Äußerungen: *„Wenn die erkennbar mit einer anderen Hautfarbe versehen sind, oder wir haben auch ein chinesisches Mädchen, das ist eben auch erkennbar, die haben in bestimmten Bereichen die zusätzlichen Anfeindungen oder Beschimpfungen zu erwarten... Schlitzauge oder so etwas“* oder *„Ich erlebe es dann auch bei Kindern, die sagen: Ich setz mich nicht neben den Sowieso, weil der ist schwarz. Der stinkt“* (Interview mit einer Schulleiterin). Spannungen zwischen Schülern unterschiedlicher Herkunft konstatieren die Lehrenden gerade auch in den Vorbereitungsklassen. Dabei stehen die Konfliktlinien nach Einschätzung der Befragten häufig in Zusammenhang mit politischen Konflikten in den Herkunftsregionen: *„Wenn in einer Klasse dann also ein Kurde und ein Türke sitzen, da kann das dann schon bisweilen mal kritisch werden“* (Interview mit einem Schulleiter). Berichtet wird auch über Streitigkeiten aufgrund unterschiedlicher religiöser Orientierungen.

In einigen Interviews, die sich auf benachteiligte Stadtteile beziehen, wird auf Tendenzen zu einer starken nationalen bzw. ethnischen Identifizierung hingewiesen, innerhalb derer Freundschaftsbeziehungen in Schule wie auch Freizeit gelebt werden. Dabei bedienen sich

die Jugendlichen zur gegenseitigen Abgrenzung klassischer Klischees wie „*die Russen sind die Mafia*“, oder „*Polen die Autoklauer*“ und bauen Feindbilder auf, beispielsweise: „*Russen gegen Türken*“. Dagegen berichten andere InterviewpartnerInnen, dass solche Abgrenzungsprozesse im Alltag kaum sichtbar seien.

Die von uns geführten Interviews verweisen zweifellos auf einen pädagogischen Handlungsbedarf, lassen aber keine verlässliche Einschätzung über die Größenordnung dieser Problematik zu; dazu wäre eine eigenständige Jugendstudie erforderlich. Es soll hier deshalb auch keineswegs die Folgerung nahe gelegt werden, dass sozial benachteiligte deutsche und migrantische Jugendliche in Freiburg generell zu starken nationalen/ethnischen Identifikation und diesen entsprechenden Abgrenzungen und Konflikten tendieren. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass die Frage, wie stark oder schwach nationale und ethnische Identifikationen sowie Vorurteile unter Kindern und Jugendlichen in privilegierten Wohngebieten bzw. unter Freiburger GymnasiastInnen verbreitet sind, auf der Grundlage unserer Recherche nicht angemessen beantwortet werden kann.

5.2.3 ArbeitgeberInnen – Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt

Vor allem für junge Menschen mit Migrationshintergrund mit Hauptschulabschluss gestaltet sich die Suche nach Praktikums- oder Ausbildungsplätzen als äußerst problematisch. Im 2. Freiburger Bildungsbericht (S. 8) wird darauf hingewiesen, dass nur 17% der Hauptschulabsolventen nach der 9. Klasse in das duale System einmünden, was aber immerhin noch eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (12%) darstelle.

Die von uns Befragten gehen übereinstimmend von einer Diskriminierung migrantischer Jugendlicher bei der Lehrstellenvergabe aus: „*Wenn sich Jugendliche bewerben mit einem ausländischen Namen, haben sie halt schlechte Karten, wenn es einen deutschen Bewerber gibt.*“ Das Wissen um Diskriminierung von BewerberInnen aufgrund des Migrationshintergrunds und/oder des Wohnsitzes in einem benachteiligten Stadtteil ist, wie oben bereits erwähnt, auch bei den Jugendlichen selbst präsent; so berichtet der Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung: „*Teilweise gucken Jugendliche, ob sie Verwandtschaft in der Stadt haben, deren Adresse sie bei der Jobsuche angeben können, um nicht Weingarten Krozinger Straße drauf schreiben zu müssen.*“

Besonders massive Diskriminierungserfahrungen werden für junge Kopftuch tragende Muslima auf dem Arbeitsmarkt anhand zahlreicher Beispiele thematisiert. So wird einer Studentin im Bewerbungsgespräch für einen Praktikumsplatz klar kommuniziert, dass sie aufgrund ihres Erscheinungsbildes keinerlei Erfolgsaussichten hat. Eine andere junge Muslima bewirbt sich in einem Reisebüro um einen Ausbildungsplatz; im

Vorstellungsgespräch wird sie nicht direkt auf das Kopftuch angesprochen, wohl aber gefragt, ob sie auch bereit wäre, Flyer für Strandreisen im Bikini-Outfit zu verteilen. Vergleichbare offenkundige Diskriminierungserfahrungen werden in den von uns geführten Interviews für männliche Muslime nicht berichtet; zu vermuten ist, dass dies mit der geringeren Sichtbarkeit ihrer Religionszugehörigkeit sowie der hohen symbolischen Aufladung des muslimischen Kopftuchs zusammenhängt.

Benachteiligung bei gleicher Qualifikation erfahren in Freiburg auch dunkelhäutige Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund. Teilweise trotz eines in Deutschland sehr gut abgeschlossenen Studiums erlebt diese Migrationsgruppe den Einstieg in die Erwerbssphäre als schwierig (s.o.).

5.2.4 VermieterInnen - Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt

Direkte wie indirekte Diskriminierung erfahren Menschen mit Migrationshintergrund auch auf dem Freiburger Wohnungsmarkt. Hier befinden sich abermals die sichtbaren Minderheiten in einer besonders prekären Situation. Grundsätzlich gilt: Ist ein Migrationshintergrund durch Aussehen oder Namen sichtbar, sind die Chancen bei der erfolgreichen Wohnraumsuche insbesondere bei Migranten aus arabischen Ländern, aus Afrika sowie der Türkei erheblich geschmälert. *„Manche Wohnungen kriegt man nicht, ohne dass darüber offen gesprochen wird, aber es ist Tatsache, dass man die nicht kriegt, weil man schwarz ist und die denken, dass man anders lebt“ (Vertreter einer Migrantenselbstorganisation).*

Zudem hat die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation eines erheblichen Teils der Migranten den Effekt, dass sie auf Wohnungen in eher benachteiligten Stadtteile verwiesen sind, woraus sich sozialräumliche Verdichtungen ergeben, die dazu beitragen, dass sich in der Wahrnehmung bestimmter Migrationsgruppen ethnische Stereotype mit Sozialstereotypen überlagern.

5.2.5 Polizei – Diskriminierungen bei polizeilichen Kontrollen

Deutliche Kritik an polizeilichen Kontrollen wird insbesondere von dunkelhäutigen männlichen Jugendlichen und Erwachsenen geäußert. Kontrollen erfolgen ihrer Erfahrung nach häufig ohne Angabe von Gründen, was zum Verdacht rassistischer Diskriminierung führt. In den Interviews und Gruppendiskussionen werden zahlreiche Diskriminierungserlebnisse geschildert, die sich darauf beziehen, aufgrund äußerer Merkmale wesentlich häufiger und umfassender polizeilich überprüft zu werden: *„Die Polizei, wenn wir manchmal draußen sind und wir haben dunkle Haare und so, dann kommen sie*

sofort zu uns und wollen den Ausweis. Zum Beispiel gehen wir irgendwo spazieren und sie kommen sofort zu den Ausländern.“ Ein Angehöriger der Roma schildert folgende Szene: „Einmal sind wir in eine Straßenkontrolle geraten, vor uns sind alle Autos raus gewunken worden, aber bei uns haben sie gesagt: ‚raus, alle raus, Taschen leer, Kofferraum auf, keiner setzt sich ins Auto, bis wir es gesagt haben.‘ Dann standen sechs Mann um uns herum und haben uns bewacht, als wären wir Schwerekriminelle, dabei wollten wir nur bowlen gehen.“

In einem Interview mit einem Vertreter der Polizei wird dagegen auf die Absicht hingewiesen, nicht diskriminierend vorzugehen sowie darauf verwiesen, dass die Polizei bemüht sei, „*Verständnis für die Situation von Migranten zu haben*“. Auf Landesebene würden für die Polizei auch Seminare zur Förderung interkultureller Kompetenz angeboten. Eine gezielte Auseinandersetzung mit der Problematik möglicher Diskriminierungen durch die Polizei bzw. durch einzelne PolizistInnen findet innerhalb der Freiburger Polizei nicht statt. Hingewiesen wird auch auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen, die darauf zielt, „*mit Andersgläubigen in Kontakt zu kommen... damit man Berührungspunkte abbaut*“. Eine offene Kommunikation sei aber nicht mit allen islamischen Institutionen möglich.

Damit zeigt sich im Hinblick auf polizeiliche Diskriminierung eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Situationswahrnehmung von Betroffenen und dem Selbstanspruch der Polizei. Diese Diskrepanz verweist auf einen Klärungsbedarf, dem durch moderierte Dialogprozesse bzw. Fortbildungsprogramme Rechnung zu tragen wäre.

5.2.6 Rechtsextremismus

Die Zahl der rechtsextremen Straftaten bewegt sich in Freiburg auf einem geringen Niveau und umfasst nahezu ausschließlich sog. Propagandadelikte; eine Tendenz zur Etablierung einer lokalen rechtsextremen Jugendszene zeichnet sich in Freiburg nicht ab. Ansatzpunkte zur Herausbildung rechtsextremer Gruppierungen und Strukturen werden nicht nur polizeilich, sondern auch seitens der sich als antirassistisch bzw. antifaschistisch verstehenden Gruppierungen aufmerksam beobachtet, so dass auch nicht davon auszugehen ist, dass diese existieren, aber der öffentlichen Aufmerksamkeit entgangen sind.

In Hinblick auf Berufsschulen in Freiburg wird jedoch berichtet, dass es dort auch SchülerInnen aus dem Umland und dem nordbadischen Raum gibt, die rechtsextremen Gruppierungen angehören. Beobachtet werden auch punktuelle Versuche der Einflussnahme in den Schulen aus der rechtsradikalen Szene, indem Flyer und CD's auf

Schulhöfen verbreitet werden. Vereinzelt kommt es auch zu offenen Darstellungen der Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene. Dabei spielt gegenwärtig ein namentlich bekannter Aktivist aus der Kameradschaftsszene eine tragende Rolle.

Einschub 11: Auszug aus dem Interview mit dem Leiter einer Freiburger Berufsschule

„Natürlich gibt’s das an beruflichen Schulen. Es gibt da unterschiedliche Formen: Zum einen gibt’s natürlich Fremdenfeindlichkeit zum anderen gibt’s immer einzelne Auszubildende, die sind erst zwanzig aber schon seit fünf Jahren in rechtsradikalen Jugendorganisationen das ist dann sehr schwierig.“

(...)

„Wir hatten mal eine Glaserklasse, da hatte an einem Tag plötzlich die Hälfte schwarze Trikots an, mit ihren Runenzeichen drauf, dann bin ich persönlich runter und habe ihnen gesagt, dass ab morgen diese Trikots nicht mehr zu sehen sind. Sobald sie zu sehen sind, verstoßen sie gegen die Hausordnung und damit Ende der Fahnenstange und es wurden gleich noch die Betriebe informiert.“

In Hinblick auf Ausbildungsbetriebe liegen Hinweise darauf vor, dass rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Einstellungen dort nicht immer auf Ablehnung stoßen. So berichtet ein in Freiburg lebender Roma, dass er in einem Betrieb offen diskriminiert worden sei, z.B. durch Beschimpfungen wie *„Kanake, verzieh dich, Kameltreiber, du hast hier nichts verloren. Zigeuner, geh, klau woanders, aber nicht hier“*. Auch gab es dort getrennte Umkleieräume für Deutsche und Ausländer, wobei der Raum für die letztere Gruppe auch im Winter unbeheizt blieb.

6 Zentrale Herausforderungen für den lokalen Aktionsplan

Zusammenfassend kann zwar festgestellt werden, dass in der Stadt Freiburg offen artikulierte Formen von Rechtsextremismus nur punktuell zu verzeichnen sind. Auf Migranten und Minderheiten bezogene Stereotype und Vorurteile sowie diskriminierende Praktiken sind aber auch in Freiburg durchaus verbreitet. Unterhalb eines in der lokalen Öffentlichkeit dominanten Verständnisses der Stadt Freiburg als offene und tolerante Kommune sind auf unterschiedlichen Ebenen Benachteiligungen, Vorurteile und Konflikte im Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten, aber auch Konflikte zwischen Teilgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu beobachten.

Von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in Freiburg sind in besonderer Weise diejenigen betroffen, die als MigrantInnen und Minderheitenangehörige zugleich sozioökonomisch benachteiligt sind. Zudem scheinen antisemitische Stereotype und Kommunikationsmuster an einigen Schulen verbreitet zu sein. In der durchgeführten Recherche wurde weiter deutlich, dass die Problematik sich nicht auf Vorurteile und Konflikte in der Alltagskommunikation beschränkt, sondern Diskriminierungserfahrungen in Institutionen (in Schulen, beim Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen, durch polizeiliche Kontrollen) zu berücksichtigen sind.

Obwohl damit Sachverhalte gegeben sind, die auf Handlungserfordernisse verweisen, existiert in Freiburg keine in besonderer Weise zugespitzte Problematik. Dieser zweifellos positive Sachverhalt hat jedoch zur Folge, dass bislang keine kommunale Handlungsstrategie existiert, der eine systematische Situationsanalyse zu Grunde liegt, die darauf zielt, vorhandene Aktivitäten einzelner Initiativen und Institutionen zu koordinieren sowie eine Auseinandersetzung mit den gegebenen Problematiken und eine aktive Präventionsarbeit anzuregen, die über das hinausreicht, was sich an Aktivitäten im lokalen Kontext ohnehin bereits entwickelt hat.

Ob und in welchem Umfang präventive und reaktive Maßnahmen realisiert werden, ist folglich von den Bedarfseinschätzungen und Ressourcen einzelner Initiativen und Institutionen abhängig. Diesbezüglich zeichnet sich eine disparate Situation ab: Vereinzelt betrachten es Schulen und soziale Einrichtungen explizit als ihre Aufgabe, gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit aktiv vorzugehen, bilden z.B. aktiv Netzwerke mit anderen Institutionen und bemühen sich um MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund. Ein Großteil der InterviewpartnerInnen verweist jedoch bei Fragen nach eigenen Handlungskonzepten auf fehlende zeitliche und personelle Ressourcen. Gleichzeitig betonen die EinrichtungsvertreterInnen grundsätzlich ihre Aufgeschlossenheit im Blick auf eine gemeinsame konzeptuelle Diskussion und Kooperation im Rahmen des kommunalen Aktionsplans. Von einigen Befragten wird jedoch eine bloße Symbolpolitik befürchtet, der wenig konkrete Schritte folgen.

7 Handlungsperspektiven

Lokale Aktionspläne zielen darauf, einen dialogischen Prozess in Gang zu setzen, in dem konkrete Aktionen und Programme unter Einbeziehung aller relevanten Akteure und Institutionen entwickelt werden. Die Ergebnisse eines solchen Prozesses können hier selbstverständlich nicht vorweggenommen werden. Gleichwohl können auf Grundlage der durchgeführten Recherche die folgenden zentralen Aufgabenstellungen und Handlungsperspektiven benannt werden:

- **Erstens** ist es im Sinne einer präventiven Orientierung anzustreben, den Grundkonsens, dass Freiburg eine offene Stadt sein soll, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Bürger/innen – unabhängig von ihrer Herkunft, sozialen, kulturellen und religiösen Identität – anstrebt, als Überzeugung der politischer Repräsentanten öffentlichkeitswirksam zu betonen. Durch geeignete Formen der *Aktivierung*, *Öffentlichkeitsarbeit* und des *kommunalpolitischen Dialogs*, etwa durch Aktionswochen, Jugendforen und Bürgerforen in den Stadtteilen, wäre zudem darauf

hinzuwirken, dass eine breite Verständigung erfolgt, ob dieser Grundkonsens tragfähig ist und was aus Sicht der BürgerInnen erforderlich ist, um ein durch wechselseitige Akzeptanz getragenes Zusammenleben und einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu ermöglichen.

- **Zweitens** ist darauf hinzuwirken, dass in den *pädagogischen Institutionen*, vor allem in *Kindertageseinrichtungen, Schulen und der Jugendarbeit*, eine Implementierung bzw. ein Ausbau von Konzepten und Projekten erfolgt, die auf eine offensive Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Feindbildern und Diskriminierung zielen. In der neueren Fachdiskussion der schulischen und außerschulischen Pädagogik sind dazu vielfältige Ansätze einer ‚Bildung für die Einwanderungsgesellschaft‘ entwickelt und erprobt worden. Von zentraler Bedeutung sind dabei Konzepte der Menschenrechtsbildung, der vorurteilsbewussten, der antirassistischen und reflexiv-interkulturellen Pädagogik sowie der Diversity-Pädagogik (s. etwa dazu Hormel/Scherr 2005; Fürstenau/Gomolla 2009; Panke/Sötje/Steil 2010; Scharathow/Leiprecht 2010). Diese setzen eine angemessene Qualifizierung der Fachkräfte durch Fort- und Weiterbildung voraus, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die etablierten Ausbildungsgänge von Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagoge/innen eine darauf ausgerichtete Qualifizierung umfassen. In der Fachdiskussion besteht diesbezüglich weiter Einigkeit darin, dass punktuelle Projekte und Aktionen nicht zureichend sind, sondern eine Verankerung entsprechender Maßnahmen in den Regelstrukturen, in Konzeptionen und Schulprogrammen erforderlich ist. Folglich sollte ein kommunaler Aktionsplan Angebote umfassen, die pädagogischen Institutionen durch Beratung, Fort- und Weiterbildung darin unterstützen, Konzepte der Organisationsentwicklung und Bildungskonzepte zu realisieren, die gezielt auf die spezifische Situation und die Problemlagen vorschulischer, schulischer und außerschulischer Institutionen in Freiburg bezogen sind.
- **Drittens** besteht aufgrund der Diskriminierungserfahrungen, die von Freiburger Jugendlichen und Erwachsenen berichtet werden, Anlass dazu, die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und den Erfordernissen lokaler Integrationspolitik auch in nicht-pädagogischen Institutionen anzuregen bzw. weiterzuentwickeln. Dies gilt vor allem für den *Bereich der beruflichen Ausbildung* und die *Betriebe* sowie die *Polizei* und die *Bundespolizei*. Erforderlich ist es u.E. nicht zuletzt, durch angemessene Fort- und Weiterbildungsangebote einen Prozess der interkulturellen und antirassistischen Sensibilisierung der Fachkräfte sowie eine auf

die Auseinandersetzung mit Stereotypen und Diskriminierung ausgerichtete Weiterentwicklung der Institutionen voranzutreiben.

- **Viertens** könnte ein lokaler Aktionsplan dazu beitragen, die Vernetzung (Informationsaustausch, Kooperation, einrichtungsübergreifende Fort- und Weiterbildung) zwischen den unterschiedlichen Initiativen und Institutionen zu verbessern, die mit der Situation von Minderheiten befasst sind.
- **Fünftens** könnte die Installierung einer kommunalen Anti-Diskriminierungsstelle, die allen BürgerInnen offen steht, dazu beitragen, dass Diskriminierungserfahrungen artikuliert, dokumentiert und auf dieser Grundlage kommunalpolitisch thematisiert werden.

8 Literatur

- Allbus (2000): Allgemeine Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften. Erhebungsdaten (www.gesis.de)
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2006): Positionspapier zum Integrationsgipfel am 14.7.2006. (www.dstgb.de)
- Decker, O. u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextremismus in Deutschland 2010. Berlin
- Fritz Bauer Institut (Hrsg.) (2006): Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den Umgang mit Antisemitismus. Frankfurt/New York
- Gesemann, F./Roth, R. (Hrsg.) (2009): Handbuch kommunale Integrationspolitik. Wiesbaden
- Gomolla. M./Fürstenau, S. (Hrsg.) (2009): Migration und schulischer Wandel. Wiesbaden
- Häußermann, H. (2008): Ihre Parallelgesellschaften, unser Problem. Sind Migrantenviertel ein Hindernis für Integration? In: Leviathan, 35. Jg. S. 458-469
- Heitmeyer, W. u.a. (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Band 9. Frankfurt
- Hormel, U./Scherr, A. (2005): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Berlin
- Hormel, U./Scherr, A. (2010) (Hrsg.): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden
- Koch, M. (2010): Soziale Konstruktion und Diskriminierung von Sinti und Roma. In: Hormel/Scherr a.a.O., S. 255-278
- Korgel, L. (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken. In: Molthagen/Korgel a.a.O., S. 251-268
- Lynen von Berg, H./Palloks, K./Szeil, A. (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim und München
- Meseth, W./Proske, M./Radtke, F.-O. (2004): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts. Frankfurt/New York
- Molthagen u.a. (Hrsg.) (2009): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Bonn
- Molthagen, D./Korgel, L. (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin
- Panke, M./Sötje, K./Steil, A. (Hrsg.) (2010): Biographisches Lernen in der beruflichen Sozialisation. Konzepte politischer Bildung für Jugendliche in Ausbildung und Betrieb. Münster
- Roth, R. (2010): Demokratie braucht Qualität. Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen. Berlin
- Scharathow, W./Leiprecht, R. (Hrsg.) (2010): Rassismuskritische Bildungsarbeit. Bad Schwalbach
- Scherr, A./Schäuble, B. (2007): „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“. Ausgangsbedingungen pädagogischer Arbeit gegen Antisemitismus. Berlin
- Wagensommer, G. (2009): How to teach the Holocaust. Didaktische Leitlinien und empirische Forschung zur Religionspädagogik. Frankfurt